

«Reichen-Bashing ist unerträglich»

FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger wirbt für tiefere Vermögenssteuern – und macht sich für Basel-Stadt stark.



Baselland sei erfolgreich unterwegs und könne sich Steuersenkungen leisten, findet FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger.

Bild: Juri Junkov (8. November 2022)

Interview Hans-Martin Jermann

Die Senkung der Vermögenssteuern, über die im Baselbiet am 27. November abgestimmt wird, sei gut für den Kanton, findet FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger (55). Für Vermögende sei Baselland heute einer der teuersten Kantone; die Gefahr, dass diese Personen abwandern, sei real. Wenige Reiche kämen für einen hohen Anteil an den Steuererträgen auf. Davon profitierten letztlich alle, argumentiert die Treuhänderin.

In einem zweiten wichtigen Dossier, der OECD-Steuerreform, unterstützt die Oberbaselbieterin Basel-Stadt: Demnach sollen die Kantone einen hohen Anteil der Mehreinnahmen der geplanten Mindeststeuer für Firmen selbst behalten dürfen. Es geht um sehr viel Geld: Je nach Variante muss Basel-Stadt 200 Millionen Franken mehr oder weniger abgeben – pro Jahr.

Daniela Schneeberger, würden Sie persönlich von der Vermögenssteuersenkung im Baselbiet profitieren?

Daniela Schneeberger: Nein, ich zähle zu den 120 000 Steuerpflichtigen im Baselbiet, die keine Vermögenssteuern bezahlen. Mehr als 50 000 Haushalte werden aber davon profitieren, darunter sehr viele mittelständische Haushalte. Dies auch deshalb, weil mit der vorliegenden Reform die Tarife angepasst und die Freibeträge erhöht werden. Zu behaupten, es handle sich um ein Steuergeschenk für einige Superreiche, ist arg polemisch.

Trotzdem: Profitieren werden vor allem Reiche mit einem Vermögen ab 10 Millionen. Im Schnitt werden sie um 35 000 Franken entlastet.

Das Reichen-Bashing der Linken ist unerträglich, dazu passt auch die Aussage von SP-Ratskollegin Samira Marti im Parlament zur 99-Prozent-Initiative: «Wir kön-

nen uns die Reichen nicht mehr leisten.» Mit diesem Narrativ treiben die Linken einen Keil in die Gesellschaft. Die von den Gegnern erwähnten 330 Reichsten zahlen ein Drittel der Vermögenssteuern. Zudem: Die Behauptung von Marti im bz-Interview, die Vermögenssteuer sei nicht progressiv ausgestaltet, ist falsch. Die Steuerkurve ist progressiv. Sie flacht zwar ab, aber auch bei hohen Vermögen nehmen die zu entrichtenden Steuerbeträge relativ zu.

Regierungsrat Anton Lauber plant neben der zur Abstimmung gelangenden Senkung der Vermögenssteuern auch eine bei den Einkommenssteuern. Da ist die Kritik nicht weit, der Kanton sorge sich einseitig um Reiche.

Bei der Einkommenssteuer besteht ebenfalls Handlungsbedarf, das finde ich richtig. Es ist aber nicht so, dass der Kanton dauernd Steuern senken würde. Die letzte Reform datiert bei den natürlichen Personen von 2007. Damals führte Baselland eine der sozialsten Einkommenssteuerkurven der Schweiz ein. Familien mit zwei Kindern und einem Bruttoarbeitslohn bis 60 000 Franken zahlen in der Regel keine Steuern. Jetzt

«Es ist nicht so, dass der Kanton Baselland dauernd Steuern senken würde.»

Daniela Schneeberger
Baselbieter FDP-Nationalrätin

will die Regierung und die Mehrheit des Parlaments mal etwas für Vermögende tun. Für jene, welche die staatlichen Leistungen massgeblich mitfinanzieren.

Für die Kantone sind Steuersenkungen in der Regel ein Verlustgeschäft. Der Wegfall von Einnahmen durch die Satzsenkung kann durch Zuwanderung nicht kompensiert werden.

Baselland ist finanziell erfolgreich unterwegs, eben hat die Ratingagentur Standard & Poor's die Kreditwürdigkeit des Kantons hinaufgestuft. Der Kanton verfügt also über den nötigen Spielraum für Steuersenkungen. Als Treuhänderin weiss ich: Vermögende stellen Vergleiche zwischen den Kantonen an, für sie ist relevant, wie viele Steuern sie in einem Kanton bezahlen. Gewiss, andere Faktoren wie Lage, ÖV-Anbindung, Bildungs- und Kulturangebot sind ebenfalls wichtig. Aber wenn behauptet wird, Steuern seien kein wesentlicher Standortfaktor, dann stimmt das einfach nicht.

Ist die Gefahr real, dass Vermögende abwandern?

Natürlich. Eine Mehrheit des Baselbieter Volks hat sich 2012 für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ausgesprochen. Kein einziger der damals pauschal besteuerten Vermögenden lebt noch hier, alle sind weggezogen. Mir wurde verschiedentlich anvertraut, dass es Vermögende gibt, die wegen der hohen Vermögenssteuern unseren Kanton verlassen haben oder sich dies ernsthaft überlegen.

Das ist doch Panikmache. In Basel-Stadt leben viele sehr Reiche, obwohl der Kanton wie Baselland Vermögende sehr stark besteuert.

Auch aus Basel-Stadt ziehen prominente Steuerzahlende nach Dornach. In Basel-Stadt soll darum nun die Vermögenssteuer

auch gesenkt werden. Die Veränderungen sind subtil, doch deswegen nicht unbedeutend. Geht es um sehr reiche Personen, so kann in einer Gemeinde schon ein einziger Wegzug ein Loch in die Kasse reissen.

Ist es richtig, dass der Kanton in der aktuellen Krise mit steigenden Krankenkassenprämien und Kaufkraft-Verlust seinen finanziellen Spielraum ausgerechnet für Zückerli an Reiche nutzt?

Steuerpakete können in einer Krise erst recht sinnvoll sein. Der Kanton sorgt sich parallel dazu sehr wohl um tiefe und mittlere Einkommen. Die Regierung plant, per 2023 die Prämienverbilligungen erneut zu erhöhen und so den markanten Prämienanstieg im Baselbiet aufzufangen. Dies, nachdem diese bereits vor Jahresfrist angehoben wurden. Per 2023 kommt zudem der automatische Teuerungsausgleich bei der Sozialhilfe.

Zur OECD-Reform: Derzeit wird im Bundesparlament gestritten, wie die Mehreinnahmen durch die Mindeststeuer für internationale Firmen zwischen Bund und Kantonen verteilt werden. Sie plädieren für einen hohen Anteil der Kantone. Weshalb?

Es sind die Kantone, die zum Ausgleich für die höhere Besteuerung der bei ihnen ansässigen Firmen in die Standortattraktivität investieren müssen. Der Bund setzt bloss den rechtlichen Rahmen. Eigentlich sollten die Kantone alle Einnahmen behalten können. Im Sinne eines tragfähigen Kompromisses wurde dann die Lösung 75 Prozent für die Kantone, 25 Prozent für den Bund erarbeitet. Dahinter stehen alle Kantone und Städte. Der Ständerat hat sich ebenfalls dafür entschieden.

Eine knappe Mehrheit der Wirtschafts- und Abgaben-

kommission des Nationalrats plädiert für eine 50:50-Verteilung und will die Einnahmen der Kantone bei 400 Franken pro Einwohner deckeln.

Dieser Entscheid basiert auf einer Auftragsstudie der SP. Für wirtschaftsstarke Kantone mit grossen Konzernen wie Basel-Stadt oder Zug hätte diese Variante katastrophale Auswirkungen: In Basel-Stadt würden die Unternehmen um 460 Millionen Franken pro Jahr zusätzlich belastet werden. Von diesen Mehreinnahmen müsste Basel-Stadt 80 Prozent oder 360 Millionen abgeben. Bei der 75:25-Variante gemäss Ständerat würde Basel-Stadt um über 200 Millionen besser fahren. Ein Wahnsinnsbetrag. Basel-Stadt wird die Mittel brauchen, um in den Standort zu investieren.

Wie sieht es für Baselland aus, das nur wenige solche Konzerne beherbergt? SP-Nationalrätin Marti sagt, der Landkanton würde mit der 50:50-Lösung besser fahren.

Das kann ich nicht bestätigen. Viele betroffene Firmen sind auch in Baselland ansässig. Bei 50:50 muss der Kanton mehr Geld an den Bund abgeben. Spannend ist ja: Die Umverteilungsmechanismen in dieser Variante werden nicht etwa dazu führen, dass die Nehmerkantone im Finanzausgleich besser fahren. Im Gegenteil: Sie werden weniger Geld erhalten. Dies deshalb, weil die Geberkantone derart geschwächt werden, dass sie wesentlich weniger in den Ausgleichstopf bezahlen. Dieses Verteilsystem ist ineffizient und führt auf fast allen Seiten zu Verlierern. Profitieren würde bloss der Bund, und auch das nur kurzfristig. Für mich ist schleierhaft, weshalb sich einige linke Bernfahrer aus der Region für die 50:50-Regel stark machen. Hoffentlich können wir das im Ratsplenum noch korrigieren.

Trinkgeld-Initiative trägt erste Früchte

Basel-Stadt Das Musikbüro Basel, vormals RFV, erhält mehr Geld: Für die Jahre 2022 und 2023 wird der Staatsbeitrag um insgesamt 342 000 Franken auf zwei Millionen Franken erhöht. Der Grosse Rat hat einem Antrag des Regierungsrates stattgegeben. Dem Anliegen der kantonalen Trinkgeld-Initiative folgend sollen die zusätzlichen Mittel verschiedene Bereiche der Jugend- und Alternativkultur stärken, erklärte Regierungsratspräsident Beat Jans. Dies betreffe auch den Ausbau bestehender Fördergefässe, wie sie heute massgeblich vom Musikbüro Basel im Auftrag der beiden Kantone Basel-Stadt und Baselland betreut würden.

Besonders dringlich sei der Mehrbedarf bei der Förderung von Tonträgern und Tourneen professioneller Musikerinnen und Musiker sowie bei der Strukturförderung von Labels, Vertrieben und Studios. In einer Mitteilung zeigte sich das Musikbüro Basel erfreut: «Wir sind überzeugt davon, dass dies richtig und wichtig für die Zukunft der Basler Musikszene ist».

Auch das Vorstadtheater darf sich freuen

Ebenfalls Geld erhält das Vorstadtheater Basel. Für die Jahre 2023 bis 2026 wurden Beiträge in der Höhe von rund einer halben Million Franken jährlich gutgeheissen: Aufgrund des neuen Kulturvertrages zwischen Basel-Stadt und Baselland, der keine direkten Betriebsbeiträge mehr an Institutionen mit Sitz in Basel-Stadt entrichtet, wurde der bereits bewilligte Staatsbeitrag für 2022 um 240 000 Franken erhöht.

Nach 40 Jahren wird das Theater für Kinder und Jugendliche die St. Alban-Vorstadt verlassen und voraussichtlich auf die Saison 2023/24 in das Gemeindehaus Oekolampad umziehen. Zur Verfügung gestellt wird die neue Spielstätte von der Wibrandis-Stiftung, welche die Umnutzung des ehemaligen Gemeindehauses verantwortet. (nii)

CMS spricht eine Million Franken

Förderung Die Christoph Merian Stiftung (CMS) hat für neun Projekte in den Bereichen Soziales und Kultur eine Million Franken gesprochen. Die Fachstelle Aliena, die sich für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen im Sexgewerbe engagiert, erhält für die Jahre 2023 bis 2024 insgesamt 180 000 Franken. Nebst Rechts- und Sozialberatung bietet Aliena psychologische Unterstützung sowie Mittagessen und Raum für Austausch und Erholung. Mit 100 000 Franken unterstützt die CMS die Jubiläumsschrift für den Zoo Basel, der im Jahr 2024 sein 150-Jahr-Jubiläum feiert. Das Buch ist auch ein Führer durch den heutigen Zolli. Weitere Projekte und Einrichtungen, die Zuwendungen erhalten, sind etwa das Cartoonmuseum Basel mit 18 000 Franken oder der Verein Rheinbad Breite mit 80 000 Franken. (zaz)